

Es gilt das gesprochene Wort
Haushaltsrede
des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Dorsten
Bernd-Josef Schwane
zur Haushaltsverabschiedung des Haushalts 2019
am 28. November 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Einbringung des städtischen Haushaltes ist alles andere als ein Vergnügen. Der Grundsatz, den Haushalt wirtschaftlich und effizient und sparsam zu führen, ist alternativlos. Unsere Stadt steht vor vielen gesellschaftlichen und finanziellen Herausforderungen. Die Aufgabenstellungen sind anspruchsvoll, allerdings nicht unlösbar.

Es gibt in unserer Stadt viele Baustellen, für die wir als Ratsvertreter und die Verwaltung mit verantwortlich sind. Wir sind in der Gesamtheit aufgerufen, diese Probleme gemeinsam mit den Bürgern unserer Stadt anzugehen und einer Lösung zuzuführen.

Dabei kollidieren häufig Einzelinteressen, mögen sie nun berechtigt oder nicht berechtigt sein, mit den Interessen der Allgemeinheit.

Wir als Ratsvertreter sind aufgerufen, Abwägungen zwischen Einzelinteressen und dem Gemeinschaftsinteresse vorzunehmen und uns für das Wohl der Gemeinschaft zu entscheiden.

Wir als Ratsvertreter, gleich an welcher Stelle wir politisch stehen, tragen eine ganz besondere Verantwortung. Dabei ist aus meiner Sicht wichtig, dass wir als Rat möglichst gemeinsam vernünftige Entscheidungen treffen. John F. Kennedy hat gesagt „Wenn wir uneins sind, gibt es wenig, was wir können. Wenn wir aber einig sind, gibt es wenig, was wir nicht können.“.

Ich denke, dies ist eine vernünftige Maxime, an der sich dieser Rat in den zurückliegenden Jahren meistens orientiert hat. Dabei verkenne ich nicht, dass wir als Vertreter von politischen Parteien unterschiedliche Interessen verfolgen. Dennoch glaube ich, dass wir diese parteipolitischen Interessen im Interesse der Entwicklung unserer Stadt und unserer Bürgerschaft zurückstellen müssen.

Für mich ist klar, dass Demokratie davon lebt, unterschiedliche Ansätze und Problemlösungen zu entwickeln. Dazu gehört auch, dass politische Parteien im Rat und Parlament streiten müssen. Wenn nicht hier, wo sonst? Jedenfalls sollte dies nicht auf der Straße ausgetragen werden.

Leider ist festzustellen, dass in den letzten Jahren die Entwicklung in unserer Gesellschaft dahin gegangen ist, dass den gewählten politischen Vertretern von den Bürgerinnen und Bürgern immer weniger Vertrauen entgegengebracht wird.

Dies hat, das ich sage ich durchaus selbstkritisch, auf welcher politischen Ebene auch immer, sicherlich reale Hintergründe.

Diese Entwicklung hängt m. E. damit zusammen, dass Politik häufig nicht in der Lage ist, „klare Kante“ zu zeigen und nach Diskussionen für eine Position zu stehen. Der Bürger erwartet dies allerdings. Wenn alles in einem Einheitsbrei erstickt, und keine Unterscheidung zwischen den Parteien möglich ist, führt dies zwangsläufig dazu, dass sich Bürgerinnen und Bürger von den etablierten politischen Parteien und Systemen abwenden und sich Leuten zuwenden, die ihr Heil darin sehen, komplizierte Sachverhalte zu vereinfachen und schwarz-weiße Lösungen anzubieten. Sie ahnen, wen ich meine.

Wir wissen alle, dass die Sachverhalte und juristischen Bewertungen immer komplexer und schwieriger geworden sind und ein hohes Maß an Einsatz der politischen Vertreter verlangen.

Wir machen dies alles ehrenamtlich.

Unsere Aufgabe besteht allerdings auch darin, ein Scharnier zu sein zwischen Verwaltung und den Bürgern und Entscheidungen zu transportieren und zu erläutern. Wie dies geschieht ist m. E. sekundär. Ob man sich an die modernen Medien wendet, wie bspw. Facebook, oder das persönliche Gespräch auf der Straße mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht.

Wichtig ist nur, dass die demokratischen Parteien sich ihrer Verantwortung stellen.

Hierzu gehört auch das Risiko, in Kauf zu nehmen, mit einer Meinung mehrheitlich nicht durchzudringen und bei einer Abstimmung und auch einer Wahl zu unterliegen. Allerdings glaube ich, dass Demokratie sich dadurch auszeichnet, dass Alternativen aufgezeigt werden müssen und eine Partei auch bereit sein muss, in letzter Konsequenz in die Opposition zu gehen.

Leider ist dieser Ansatz insbesondere auf Landes- und Bundesebene nicht mehr besonders stark ausgeprägt.

Vor diesem Hintergrund bin ich dankbar, dass es hier im Rat gelungen ist, ein – wie ich finde – insgesamt positives Klima zu erzeugen. Die Zusammenarbeit zwischen den Grünen, der FDP, der UBP und konstruktiven Teilen der SPD ist beachtlich.

Meine Damen und Herren,
um die Bürger wieder stärker an die Politik zu binden, ist Bürgerbeteiligung ein unverzichtbares Element, das in der heutigen Zeit nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Bemerkenswert ist, dass in vielen Bereichen in Vereinen und Verbänden ein hohes Engagement der Bürgerschaft zu beobachten ist. Denken Sie bspw. an den Neubau der „Hohe Brücke“ in der Feldmark und an die Neugestaltung des Essener Tores.

Wir als CDU haben deshalb die Bürgerbeteiligung unserer Stadt vorgebracht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Stadtteilbüchereien, das Bürgerbudget, das Kulturbudget für ehrenamtliche Kulturarbeit und das Bürgerbüro, welches von Herrn Thiehoff und seinen Mitstreitern in hervorragender Weise geführt wird.

Wir wollen diesen Weg gemeinsam mit der Bürgerschaft auch in Zukunft weiter beschreiten und ausbauen.

An dem hohen Zuspruch seitens der Bürgerschaft ist zu erkennen, dass dort große Ressourcen schlummern, die es gilt zu wecken und mit der Politik zu verzahnen.

Allerdings ist auch wichtig, dass Gelder zur Verfügung gestellt werden, über die die Bürger alleine verfügen können, also ohne, dass Politik sich „einmisch“t. Ich glaube, dass wir hier auf einem guten Weg sind, der maßgeblich von der CDU hier im Haus angestoßen worden ist.

Wir werden diesen Weg weiter beschreiten.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir als CDU für Schuldenabbau und Erhöhung der Sanierungsansätze stehen. Sie wissen, dass die finanzielle Grundlage für unser Handeln nach wie vor das Sanierungskonzept bildet, welches strikt einzuhalten ist.

Dorsten ist im weiten Umkreis die einzige Stadt, die tatsächlich Schulden abgebaut hat, in den letzten 5 Jahren 72 Mio. Euro. Hierauf können wir stolz sein. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass dieser Weg weiter beschritten wird. Falls die Konjunktur nachlassen sollte, wären wir auf Rückgänge im steuerlichen Bereich besser eingestellt und könnten sie eher kompensieren, als wenn weiter, insbesondere im konsumtiven Bereich, Ausgaben getätigt würden.

Durch das stringente Einhalten von Sparmaßnahmen ist es uns gelungen, einen gewissen Spielraum für unsere Stadt wieder zurückzugewinnen.

Klar ist für uns, dass wir den Sanierungsstau, der seinerzeit auf unseren Antrag hin von der Verwaltung in einer Größenordnung von 200 Mio. ermittelt worden ist, aktiv abbauen wollen. Wir wollen und wir müssen damit anfangen.

Aus diesem Grund haben wir zusammen mit der FDP einen Antrag gestellt, der Ihnen vorliegt, dahingehend, dass die Instandhaltungspauschalen im Haushalt angehoben werden. Wir haben bewusst auf einen konkreten Prozentbetrag verzichtet. Den soll die Verwaltung mit Augenmaß pro Jahr einsetzen, wobei natürlich immer auch das Haushaltssanierungskonzept eingehalten werden muss.

Mir ist klar, dass wir nicht in kürzester Zeit die Sanierungen durchführen können. Allerdings müssen wir damit anfangen.

Wenn nicht jetzt, wann dann überhaupt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ein besonderes Augenmerk haben und werden wir auch in der Zukunft auf die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen bzw. Innenverdichtung von Neubaugebieten legen.

Entsprechend ist von uns im letzten Jahr ein Antrag gestellt worden, der zum Ziel hatte, möglichst zeitnah sämtliche zur Verfügung stehenden Gewerbe- und Wohnbauflächen aufzuzeigen und entsprechende Potentiale deutlich zu machen.

Wir sollten alle wissen, dass insbesondere die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen absolute Priorität genießen muss.

Gerade Industrieflächen sind in Dorsten äußerst knapp: Die einzige Möglichkeit besteht, in Wulfen auf dem ehemaligen Zechengelände.

Dennoch müssen wir uns als verantwortliche Politiker verstärkt darum kümmern, derartige Gebiete auszuweisen, da auch in Zukunft die Arbeitsplätze nicht nur im Dienstleistungsbereich vorhanden sein müssen, sondern auch in der Produktion.

Auch die Gewerbeflächen gehen langsam aber sicher zur Neige. In den letzten Jahren haben wir zusammen mit der Verwaltung eine vorausschauende Vorratspolitik betrieben. Dies hat letztendlich dazu geführt, dass etliche Gewerbeumsiedlungen im Bereich der Stadt Dorsten aber auch Neuansiedlungen von außerhalb stattgefunden haben mit der Folge, dass zurzeit so viele Sozialversicherungsbeschäftigte in der Stadt Dorsten ihren Lohn und ihr Brot verdienen wie noch nie zuvor.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Zechenschließung vor 11 Jahren ein großartiger Erfolg. Das hängt natürlich auch mit der allgemeinen sehr guten konjunkturellen Entwicklung zusammen, aber auch mit dem Bemühungen der örtlichen Politik, sich für die Ausweisung von Gewerbegebieten nachhaltig einzusetzen.

Auch im Hinblick auf Wohnbauflächen ist dies der Fall. Wir wissen, dass nicht in jedem Ortsteil unbeschränkt Flächen ausgewiesen werden können. Die CDU ist aber der Meinung, dass insbesondere für junge Familien, die aus Dorsten stammen, die Möglichkeit bestehen muss, zu vernünftigen Preisen in dem jeweiligen Ortsteil ein Grundstück zu erwerben oder eine Eigentumswohnung zu kaufen. Hierfür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

All diese schönen Absichten und Pläne können allerdings daran scheitern, dass die Verwaltungskapazität sehr angespannt ist. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, 2 zusätzliche Stellen im Planungsamt zu schaffen.

Wir sind der Meinung, dass sich diese Stellen unter dem Strich rechnen. Sie sollten zunächst mit einem KW Vermerk versehen werden, so dass man sehen kann, ob nach Ablauf der noch vorzunehmenden Befristung eine Umwandlung in ein Dauerarbeitsverhältnis möglich ist oder nicht. Jedenfalls würde dies dazu führen, dass Bauanträge, auch die Entwicklung von Bebauungsplänen und Änderungen des Flächennutzungsplanes zügiger und schneller von der Verwaltung bearbeitet werden können.

Die jetzige Haushaltslage ermöglicht einen derartigen Schritt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
natürlich liegt unser Fokus auch darauf, die Schullandschaft in Dorsten, die bekanntermaßen sehr differenziert ist, weiter zu fördern. Die Grundschulen waren in der letzten Zeit in keinem guten Zustand. Allerdings wird zurzeit massiv investiert.

Mit Hilfe des Landes und des Bundes werden etliche Millionen in die Unterhaltung dieser Schulen gesteckt werden. Wir müssen dort auch am Ball bleiben. Leider können nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Meine Damen und Herren, nun zur Verwaltung:

Wir sind der Meinung, dass die Stadt Dorsten über eine moderne Verwaltung verfügen muss. Allerdings ergeben sich hier 2 Seiten einer Medaille:

Zum einen müssen die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus in Ordnung sein, d. h. es müssen Chancen auf Beförderung bestehen und das Arbeitsumfeld muss stimmen. Wir können uns vorstellen, dass die Einführung von Home-Office-Arbeitsplätzen die Attraktivität im öffentlichen Dienst weiter erhöhen wird. Auch glauben wir, dass eine Differenzierung bei der Beförderung entsprechend der Leistung der einzelnen Mitarbeiter dazu führen muss, dass diejenigen, die sich aktiv einbringen und Leistung zeigen, eher befördert werden als diejenigen, die nur das tun, was gerade nötig ist.

Auf der anderen Seite führt eine gut funktionierende und leistungsfähige Verwaltung dazu, dass die Leistungen gegenüber der Bürgerschaft verbessert werden; dafür ist sie nämlich da!

Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass es letztendlich die Bürgerinnen und Bürger sind, die uns alle und auch die Verwaltungsmitarbeiter finanzieren und einen Anspruch darauf haben, dass ein ordentliches Produkt angeboten wird.

In diesem Zusammenhang war die Stellungnahme des Personalrates in der dargebotenen Form wenig hilfreich. Es wird insbesondere durch den Pressebericht der Eindruck erweckt, als wenn in Dorsten „nichts mehr geht“.

Tatsache ist allerdings, dass die Verwaltung im Wesentlichen gut funktioniert und über viele motivierte Mitarbeiter verfügt. Diese Mitarbeiter, die über Motivation verfügen, weiter zu fördern, ist Aufgabe der Politik aber auch des Personalrates; diese Differenzierung fehlt m. E. in der Stellungnahme.

Hilfreicher wäre es gewesen, in Einzelgesprächen diese Dinge, mit den verantwortlichen Politikern zu besprechen, um zu einer Änderung zu gelangen, wie es in den letzten Jahren immer der Fall war.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung machen, die mir persönlich am Herzen liegt.

Der Bürgermeister hat bei seiner Haushaltseinbringung festgestellt, dass es viele Bürger gibt, die nur Forderungen an die Gesellschaft stellen, selbst jedoch nicht bereit sind, sich zu engagieren. Gleichzeitig läuft man radikalen Kräften hinterher.

Es gibt einen entsprechenden Arbeitskreis, der sich damit beschäftigen soll, wie man diesen Tendenzen entgegenwirken kann. Die Lichterkette war ein Beispiel hierfür.

M. E. liegen die Dinge noch tiefer. Nach meiner Erfahrungen ist unsere Gesellschaft eine Individualgesellschaft, die letztendlich häufig Egoismus lebt und auch hierzu einlädt.

Dies bedeutet, dass sich immer mehr Bürger ins Private zurückziehen und nicht mehr bereit sind, sich bspw. in Vereinen für das Allgemeinwohl, sondern nur für ihre eigenen Interessen zu engagieren. Dies ist eine fatale Tendenz.

Bemerkenswert ist allerdings auch, und dies ist landauf landab in allen Bereichen zu beobachten, dass die Menschen selbst in kleinen Dingen nicht mehr bereit sind, freundlich miteinander umzugehen.

Auch wird oft die Meinung vertreten, dass man Recht hat, und wenn man Recht hat, dann muss dies mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

Auch wird bei auftretenden Schwierigkeiten immer ein Schuldiger gesucht. Kann man es nicht an Einzelpersonen fest machen, sind der Staat oder die Gesellschaft schuld. Ich halte dies für eine ganz fatale Entwicklung.

Ich glaube, dass wir als Politiker diese Probleme nicht alleine lösen können. Allerdings müssen wir darauf hinweisen.

Ein Patentrezept gibt es sicherlich nicht. Ich denke, wir sollten es uns klar machen und versuchen, Werte vorzuleben und ein Beispiel zu sein.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern der Verwaltung und insbesondere der Kämmerei bedanken.

Sie haben uns auch in diesem Jahr mit Zahlenmaterial sehr gut versorgt und standen zur Erläuterung stets zur Verfügung.

Wir werden dem Haushalt und dem Stellenplan zustimmen.

Vielen Dank.